

Gallia triumphans

(Von unserem Vertreter.)

Paris, Ende Juli.

F. A. K. Wer im Abstand einiger Wochen wieder durch Paris schlendert, alte Bekannte begrüßt und Zeitungen und Zeitschriften durchblättert, wird sehr bald den Umschlag der politischen Atmosphäre feststellen, der sich mit den beiden vergangenen Monaten in Frankreich vollzogen hat. Es ist eine vollkommene Veruhigung eingetreten, und dieses Land, das im Frühjahr einer wirklichen Nervenfriebe nahe war, hat sich völlig zu der Sicherheit seiner Existenz zurückgefunden. Gewiß, die Zeiten sind nicht günstig, der Wirtschaft geht es nicht gut, und im Staatshaushalt klappt ein nicht unerhebliches Loch, in den Wandelgängen der Kammer wird wieder einmal von einer kleinen Regierungskrise gesprochen — aber was bedeutet das alles, wenn die soziale Struktur dieses Landes noch unerschüttert ist und seine Stellung in der Welt wieder die alte geworden ist? Wohlstand und Freiheit, eigene Macht und mächtige Freunde — wäre nicht jeder ein Narr wie Gorguloff, der jemals seine Hand gegen Frankreich erheben würde...? Das Bewußtsein der Sicherheit, das weitgehend erschüttert war, ist mehr als wiederhergestellt, seitdem der wirkliche oder vermeintliche Gegner seine innere Schwäche gezeigt hat, und die Alliierten, die schon im Begriffe standen zu scheitern, zurückgelehrt sind.

Die gegenwärtigen Vorgänge in Deutschland werden mit Interesse, aber auch mit vollster Gelassenheit beobachtet. Die Restauration des preussischen Konservatismus ist seit Lausanne keine Gefahr mehr, die Schreden könnte, und erst recht der Nationalsozialismus hat für das Empfinden Frankreichs jede Furchtbarkeit verloren. Seitdem Hitler die gegenwärtige Regierung kündigt, ohne diese Unterstützung einzufordern, und zu Händen Schleichers eine eigene Übernahme der Macht abgelobt hat, ohne seiner Gefolgschaft gegenüber eine Mitteilung darüber zu wagen, ist er in Frankreich als das erkannt worden, was er ist. Je mehr „Fronten“ es in Deutschland gibt, um so besser für eine Macht, die traditionsgemäß doch immer noch die Einheit der deutschen Nation als ihre eigene Gefahr empfindet, und mit besonderem Interesse sieht sie sich an, die Frontenbildung zwischen Reichswehr und Nationalsozialismus zu verfolgen. Alles das sind für das Empfinden Frankreichs so abstruse Vorgänge, daß sie längst aufgehört haben, eine Gefahr zu bilden, ferne, sonderbare, unverständliche Ereignisse, die man etwas mitleidlos zwar, aber ohne Erregung und Geschimpfe verfolgt. Je distanter ihnen gegenüber die eigene Zurückhaltung, desto deutlicher wird allen übrigen Mächten werden, auf welcher Seite des Rheins denn nun die Genien der Eintracht, der Ordnung und der schönen Sitte wohnen, und leider ist diese Erwartung bereits zu einem erschreckend großen Maße verwirklicht. Auf Lausanne ist bereits Genf gefolgt, und zwischen Paris und London tun sich im Augenblick viele Dinge, ebenso wie zwischen den osteuropäischen Alliierten Frankreichs und Moskau.

Aber in erster Linie ist es doch die innere Situation Deutschlands selbst, auf die sich die Beruhigung Frankreichs gründet. Die Regierung Schleicher — sagt — Braun stellt den offenbaren Versuch dar, die Vormachtstellung des alten Preußens wiederherzustellen, und aus langer geschichtlicher Erinnerung weiß Frankreich, daß nicht Preußen die Gefahr ist. Von dem Großen Kurfürsten an, der 1679 einen Allianzvertrag mit Ludwig XIV. schloß, über Friedrich den Großen und Friedrich Wilhelm II. sind bis zum Reichdeputationshauptschluß alle preussischen Könige die Alliierten Frankreichs im gemeinsamen Kampfe gegen das Deutsche Reich gewesen, und erst als Bismarck nach dem letzten dieser Bruderkriege von 1866 eine neue Reichseinheit begründen wollte, begann die Allianz Preußens mit Frankreich sich in eine Gegnerschaft zu verwandeln. Nicht Preußen selbst, sondern erst das Bismarcksche Reich ist mit Frankreich in Rivalität um die Hegemonie über Europa getreten. Wenn infolgedessen eine deutsche Regierung jetzt zu erkennen gibt, daß ihr unmittelbares Interessegebiet weniger zwischen Naas und Remel als zwischen Elbe und Memel liegt, und ihr der Welt doch sehr viel mehr bedeutet als die Elbe, mit anderen Worten die preussische, kleindeutsche Tendenz wieder in den Vordergrund der deutschen Politik tritt, so ist es sicherlich nicht Frankreich, von dem ein Widerspruch gegen diese Entwicklung ausgehen wird. Deutschland auf eine kleindeutsche Politik zurückgeworfen zu haben, würde für Frankreich doch den erfolgreichsten Abschluß eines ganzen Säkularums bedeuten!

Auf ein „*Borussia necesse est, Germania non*“ Preußen sei notwendig, nicht Deutschland, könnte sich der Quai d'Orsay gewiß einlassen. Es ist deshalb hier bereits mit wirklicher Genugtuung begrüßt worden, daß die deutsche Regierung keine ernstlichen Schwierigkeiten gegen das Zustandekommen des Anleihevertrages mit Oesterreich gemacht hat, der durch seine Zurückführung auf das Genfer Protokoll von 1922 die Möglichkeit eines Anschlusses auf zwanzig Jahre ausschließt. In der Tatfrage, daß diese Bestimmung ohne Protest des anwesenden Reichsvertreters angenommen werden konnte, geschweige denn mit Einverständnis aller politischen Mittel inhiert worden wäre, sehen hiesige politische Kreise bereits ein Anzeichen, daß die großdeutschen Forderungen in Zukunft doch nicht von jeder Regierung mit absolutem Nachdruck geltend gemacht werden, und über manches ist doch noch eine Verständigung möglich. Jedenfalls ist es mit dem Anschluß jetzt bereits für zwanzig Jahre aus, und jene deutschen Parteien, die den etwaigen österreichischen Zuwachs für die inneren Verhältnisse des neuen, „größeren“ Deutschland für keineswegs so wünschenswert hielten, sind damit vielleicht eine nicht geringere Sorge los wie Frankreich, das die Verbindung des Anschlusses zum Zeitpunkt seiner Nachkriegspolitik gemacht hatte.

Eine Zurückverlegung des Schweregewichtes der deutschen Politik nach Brandenburg und Preußen würde die „deutsche Gefahr“ für das Empfinden Frankreichs um vieles ferner rücken, und mit den sozialen und politischen Spannungen, die sie für Deutschland im Gefolge hätte, um viele Grade blässer erscheinen lassen. Eine gewisse Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen erwartet man in hiesigen ministeriellen Kreisen aus dem Bedürfnis der gegenwärtigen Reichsregierung eine Revision der Verhältnisse vorzunehmen. Aber man neigt hier zu der Erklärung, daß der Versuch, eine Art allgemeiner Wehrpflicht wieder einzuführen, auf die Wiedereröffnung der preussischen Armee in ihre frühere

Parlamentarier und Abrüstungsfrage

Bemerkungen zur Genfer Tagung der Interparlamentarischen Union

(Von unserem Vertreter.)

H. Genf, Ende Juli.

Von der Genfer Konferenz der Interparlamentarischen Union, die zeitlich mit den letzten Beratungen der inzwischen versunkenen Abrüstungskonferenz zusammenfiel, hat man in der deutschen Öffentlichkeit kaum mehr gehört, als jenen sensationell ausgemachten „Zwischenfall“, der viel weniger zwischen Franzosen und Italienern, als zwischen Sozialisten und Faschisten spielte und der durch den Austritt der Italiener aus der Union eine nicht gerade befriedigende Lösung gefunden hat. Dieser Zwischenfall ist im übrigen eine „häusliche“ Angelegenheit der Union selber, er hat die Tagung nicht wesentlich beeinflusst, und er würde kaum die alle sonstigen Tagungsereignisse geradezu verdrängende Beachtung gefunden haben, wenn er sich in einem nationalen und nicht in einem internationalen „Parlament“ zugetragen, — und wenn eben dieses internationale Parlament nicht gerade zufällig im Völkerbundshaus getagt hätte. Es wäre jedenfalls falsch, wenn man die Genfer Konferenz der Union nur nach diesem unerfreulichen Intermezzo und nur vom Sensationellen her beurteilen wollte.

Weit wichtiger als das sozialistisch-faschistische Zwischenfall war die Debatte der Konferenz über die Abrüstungsfrage, die unmittelbar nach dem traurigen Ende der Abrüstungskonferenz einsetzte. Diese Debatte, die mit der Annahme einer recht unbefriedigenden Entschlieung und mit der Verlegung der deutschen Abänderungswünsche auf das nächste Jahr (!) schloß, zeigte ein Zweifaches: Einmal bewies sie, daß die „Ergebnisse“ der Genfer Abrüstungsarbeiten auch in der öffentlichen Meinung — soweit sie durch die Parlamentarier vertreten wird — derjenigen Länder, welche die Hauptverantwortung für das Scheitern der Abrüstungskonferenz tragen, stark mißbilligt werden; diese Feststellung zu machen, ist erstens. Ihr Wert wird jedoch beträchtlich durch die zweite, notwendige Feststellung herabgemindert, daß die Gesamtheit der Interparlamentarischen Union, soweit sie ihren Willen in der mehrheitlichen Annahme oder Ablehnung von Texten ausdrückt, auch jetzt noch nicht den Mut gefunden hat, in der Abrüstungsfrage weiterzugehen, als dies die Mehrheit der auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Regierungen für gut befunden hat. Damit hat sich bewiesen, daß das Forum der Interparlamentarischen Union zwar die Voraussetzungen für eine freie und offene Meinungsäußerung schafft, daß aber auch hier jenes von Modariga für die Völkerbundskonferenzen propagierte Wort Wort Geltung hat, wonach bei der Debatte die Wünsche, bei den Entscheidungen (Abstimmungen) das Mögliche, also der Kompromiß, den Ausschlag geben müßten.

In der Debatte der Interparlamentarischen Konferenz hat der Belgier Brandaere beispielweise die bisherigen „Realitäten“ der Abrüstungskonferenz als „völligen Mißerfolg“ bezeichnet (wobei er freilich vergaß, zu haben sagen, daß er als belgischer Delegierter auf der Abrüstungskonferenz, namentlich durch seine Tätigkeit im Kulturtauschklub, immerhin einen bescheidenen Anteil an diesem Mißerfolg hatte); der englische — frühere — Staatssekretär Morgan Jones hat sich in dieser Debatte mit ebenso glücklichen wie unglücklichen Formulierungen für den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung

— nicht nur Deutschlands, sondern aller Völker — eingesetzt, und die Rede des französischen Redners Merlin war eine einzige Kritik an dem, was die Abrüstungskonferenz in Genf getan, oder vielmehr: zu tun unterlassen hatte. Besondere Beachtung verdiente und fand auch im Rahmen der Genfer Debatte die Rede der deutschen Abgeordneten Frau Leusch, die als einziges in diesen wichtigen Sitzungen vertretenes deutsches Mitglied — die übrigen deutschen Parlamentarier hatten die Konferenz vorher verlassen müssen — außerordentlich geschickt begründet und überlegt die Stimme Deutschlands in diesem internationalen Gremium wahrnahm. Diese Tatsache sollte in Deutschland ganz allgemein zunächst deshalb besonders anerkannt werden, weil Frau Leusch ursprünglich gar nicht zur Abrüstungsdebatte, sondern als Sachbetreuerin sozialpolitischer Fragen zur Konferenz der Interparlamentarischen Union gekommen war. Diese deutsche Rede zur Abrüstungsfrage war weiterhin auch dadurch interessant und wichtig, daß hier — unmittelbar nach der letzten Genfer Erklärung Radolags — das deutsche Mein zum bisherigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz in einer Weise begründet wurde, welche die Darstellung des offiziellen deutschen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz in einem wichtigen Punkte erweiterte. Wir haben früher an dieser Stelle schon gesagt, daß Radolags Genfer „Abschiedsrede“ noch gewonnen hätte, wenn er zur Begründung der deutschen Ablehnung mehr die Enttäuschung des deutschen Volkes über den Mißerfolg des Abrüstungs-Werkes, anstatt die deutsche Forderung nach der Gleichberechtigung herangezogen hätte. Das hat nun die Rede der deutschen Parlamentarierin in Genf vor einem zwar verschiedenen, aber gleichfalls international zusammengesetzten Gremium getan.

Wie man weiß, hat die deutsche Rednerin mehrere deutsche Abänderungsanträge zu den Entschlieungsentwürfen über Abrüstung und Sicherheit eingebracht, die im wesentlichen darauf hinausgingen, die unbefriedigenden Entwürfe im Sinne einer gerechteren und objektiveren Formulierung zu ergänzen. So sollte etwa dem ausgeprochenen Wunsch auf „Erweiterung des Völkerbundsgebietes“ der Gedanke hinzugefügt werden, daß diese Erweiterung im Sinne der Artikel 11 und 19 (Völkerbundstatut) Revision unanwendbar gemordener Verträge des Vattes zu geschähen habe, — während die Entschlieung über die Abrüstungsfrage selbst die Tatsachen der Nüchternheit, der daraus entstehenden Gefahren für den Frieden und des völligen Mißerfolgs der Konferenz eindeutig herausarbeiten sollte. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden: Obwohl die Debatte der Konferenz starke Kritiken am „Reisultat“ der Abrüstungskonferenz ergab, obwohl die deutschen Anträge wohlbegründet waren, gelang es gewissen, hauptsächlich französischen, Konferenzkritikern, die deutschen Wünsche praktisch unschädlich zu machen, indem sie bis zur nächsten Jahreskonferenz „verlegt“ wurden. Es ist bezeichnend, daß keine direkte Ablehnung dieser Anträge erfolgt ist, — das hat man angehts der Stimmung der Weltöffentlichkeit und der harten Kritik, der gerade hier das Ergebnis der Abrüstungskonferenz begegnete, nicht gewagt, — aber es ist andererseits doch auch ebenso bezeichnend, daß trotz dieser Stimmung und trotz dieser Kritik die deutschen Anträge nicht behandelt, sondern verschoben wurden. Soll man aus dieser Tatsache schließen, daß auch bei diesen internationalen Verhandlungen schließlich — Nachfragen entscheiden?

Heimliche Waffen

Erhebliche Waffenbestandsnahme in Breslau. — Insgesamt 191 Personen verhaftet.

Breslau, 1. August.

Nach dem verhältnismäßig ruhigen Ausgang des Wahltages in Breslau konnte die Polizei bei ihrer Nachsicht in der Nacht und den Morgenstunden des Montag bei verschiedenen politischen Gruppen Bestandsnahmen. Bei der Durchsichtigung eines Vorkriegswagens, der mit Nationalsozialisten besetzt aus der Stadt Tschand fuhr, wurde eine Pistole, ein feststehendes Messer und drei Stahlhelme zutage gefördert. Weiter wurden bei einer Durchsichtigung von KPD-Angehörigen in Tschand zwei geladene Karabiner und ein Jagdgewehr in einem Garten gefunden. Gegen vier Uhr morgens wurde eine leerstehende Fabrik in Tschand, die von SA-Leuten besetzt war, näher geprüft. 14 Pistolen sowie Munition fielen

in die Hände der Beamten. Am die gleiche Zeit wurde in Breslau-Jimpel eine nationalsozialistische Gruppe festgenommen. Man fand bei einem Nationalsozialisten eine Selbstabzählpistole und 16 Schuß Munition und bei einem Angehörigen der SPD eine Sattlerahle.

Schließlich beschlagnahmte sich noch eine Polizeistreife in Breslau-Schottwitz mit einem Lastkraftwagen, der zum Transport von Reichsbannerangehörigen diente. Hier wurden zwei Eisenstangen und in der näheren Umgebung des Wagens neben mehreren Schlagwerkzeugen eine Pistole mit fünf Schuß sowie mehrere Revolverpatronen gefunden. Eine Person wurde mit einem Stück Eisenrohr aufgegriffen. Im Laufe der Nacht wurden 31 Personen festgenommen, so daß die Gesamtzahl der in der Zeit vom 30. Juli bis zum 1. August Verhafteten auf 191 gestiegen ist. Zehn Personen wurden wegen unbefugten Waffenbesitzes dem Schnellrichter zugeführt; sie werden bald abgeurteilt werden. Sieben Personen werden wegen Ausschreitungen dem ordentlichen Gericht übergeben.

Rolle getichtet ist und zum großen Teil der „Disziplinierung der Jugend“ dienen soll, also weitgehend innenpolitische Zwecke verfolgt. Vor allem wird dem Reichswehrministerium hier die Absicht unterstellt, mit Hilfe Röhm, dem engste Beziehungen zu Schleicher zugesprochen werden, die SS- und SA-Abteilungen auf die Reichswehr zu übernehmen, bevor sie in die selbständige Rolle einer faschistischen Wächter hineinwachsen könnten. Derartige politische Gesichtspunkte, die mit manchen Äußerungen maßgeblicher deutscher Stellen belegt werden, schwächen weitgehend den Eindruck ab, als wenn es sich bei der versuchten Wiedereinführung der allgemeinen Dienstpflicht in erster Linie um die Wiedergewinnung der früheren außenpolitischen Machtposition handelte, wie denn ein neues Regime stets mehr als jedes andere auf die Vermehrung auswärtiger Konflikte bedacht sein muß.

Damit ist nicht gesagt, daß Frankreich im geringsten gewillt sei, einen Anspruch Deutschlands auf Herabsetzung seines Rüstungsstandes anzuerkennen, es fürchtete ihn nur weniger, seit es dazu neigt, ihn im Zusammenhang mit der Restauration des alten Preußen zu sehen. Dazu kommt, daß ihm das offene Hervortreten des preussischen Konservatismus ihm Betanlassung und Gelegenheit gegeben hat, den Anschluß an die Weltmeinung wieder zugewinnen, so daß es sich jetzt durchaus in der Lage fühlt, die vermeintlichen Erfordernisse seiner Sicherheit zur Geltung zu bringen. Die einzige Schwierigkeit liegt es noch in der Haltung der Vereinigten Staaten, die eine Reduzierung des Rüstungsstandes aller Mächte zur Vorbedingung einer Schuldenreduzierung machen, — schließlich gibt es viele Möglichkeiten, zu

„reduzieren“, ohne reduziert zu sein, und von englischer Seite ist eine Unbequemlichkeit erwägen Ausmaßes nach dieser Richtung nicht zu erwarten. Darüber hinaus haben ihm die beiden vergangenen Jahre eine allgemeine Verständigung mit der britischen Politik gebracht, daß in Raymond Poincaré manche historischen Erinnerungen wieder wach werden, und er am vergangenen Sonnabend bereits von einer neuen Entente cordiale sprach. Abzusehen von diesen Bestrebungen, die vom Quai d'Orsay sehr aktiv betrieben werden und bei Lord Tyrrell und Sir John Simon auf einen sehr günstigen Boden treffen, verdienen die Vorgänge, die sich zwischen den osteuropäischen Alliierten Frankreichs und Moskau abspielen, die größte Beachtung. Die Vollendung des großen Systems von Nichtangriffspartien, mit dem Frankreich seinen Alliierten ihre Rückendeckung von Rußland her zu sichern sucht, steht unmittelbar bevor.

Weshalb sollte also Frankreich nicht den Augenblick benutzen um sich an seiner wiedergewonnenen und mehr als je gefestigten Sicherheit zu erfreuen? Hat der wohlwollende Tonfall und seine Worte der Großzügigkeit und Milde nicht genügt, um seit Lausanne wieder viele bereits verlorene Sympathien auf Frankreich zurückzuführen? Ist der Anschluß Oesterreichs nicht auf absehbare Zeit verhindert, und der Rüstungsstand Frankreichs auf ebenso absehbare Zeit nicht erfolgreich behauptet worden? Ist seine Position jemals seit dem Abschluß des Versailler Vertrages unbedeutender gewesen, und haben andererseits die inneren Gegenläufe Deutschlands jemals so offen vor den Augen der Welt gelegen wie gerade jetzt...?